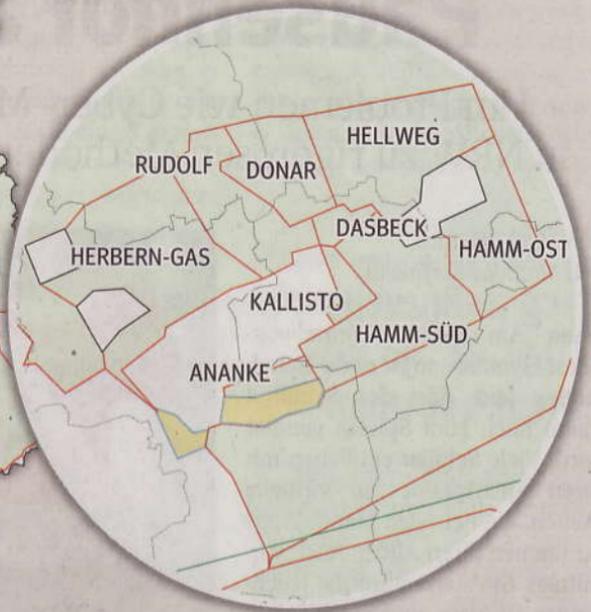


Frackingrechte in Nordrhein-Westfalen

- erteilt zu gewerblichen Zwecken
- erteilt zu wissenschaftlichen Zwecken
- beantragt zu gewerblichen Zwecken
- Gemeindegrenze



STAND: 20. DEZEMBER 2013

Name des Feldes	Rechtsinhaber
Adler	Falke Hydrocarbons GmbH
Ananke	A-TEC Anlagentechnik GmbH
Dasbeck	HammGas GmbH & Co. KG
Donar	HammGas GmbH & Co. KG, Minegas GmbH, Mingas-Power GmbH
Falke	Falke Hydrocarbons GmbH
Falke-South	Falke Hydrocarbons GmbH
Hamm-Ost	HammGas GmbH & Co. KG
Hamm-Süd	HammGas GmbH & Co. KG
Hellweg	HammGas GmbH & Co. KG
Herbern-Gas	Mingas-Power GmbH
Herford	BEB Erdgas und Erdöl GmbH & Co. KG, Mobil Erdgas-Erdöl GmbH

Name des Feldes	Rechtsinhaber
Ibbenbüren	BEB Erdgas und Erdöl GmbH & Co. KG, Mobil Erdgas-Erdöl GmbH
Kallisto	A-TEC Anlagentechnik GmbH
Minden	BEB Erdgas und Erdöl GmbH & Co. KG, Mobil Erdgas-Erdöl GmbH
Münsterland-West	BEB Erdgas und Erdöl GmbH & Co. KG
Nordrhein-Westfalen Nord	Mobil Erdgas-Erdöl GmbH
Rheinland	Wintershall Holding GmbH, Statoil Deutschland Hydrocarbons GmbH
Rudolf	HammGas GmbH & Co. KG
Ruhr	Wintershall Holding GmbH, Statoil Deutschland Hydrocarbons GmbH
Saxon 1 West	DART ENERGY (EUROPE) LIMITED (Stirling, Großbritannien)
Saxon 2	DART ENERGY (EUROPE) LIMITED (Stirling, Großbritannien)
WeselGas	Thyssen Vermögensverwaltung GmbH, PVG GmbH

WAZ 05-06-14 Bohrende Fragen zum Fracking

Der Landtag stellte sich gestern geschlossen gegen die umstrittene Methode zur Erdgas-Förderung. Doch ausgerechnet SPD-Chef Gabriel schürt Verunsicherung

Von Tobias Blasius
und Michael Kohlstadt

Düsseldorf. Es sollte ein Signal der Geschlossenheit beim Angstthema „Fracking“ werden. Der NRW-Landtag sprach sich am Mittwoch mit den Stimmen aller Fraktionen gegen die Erdgas-Förderung mit hydraulischem Druck und giftigen Chemikalien aus. Anlass für die Erneuerung dieses politischen Schwurs bot die niederländische Regierung, die den Einsatz der Fracking-Technologie zumindest nicht mehr ausschließen will. Doch die ungewöhnliche Düsseldorf-Einigkeit wurde gestern auch aus anderer Himmelsrichtung gestört.

„Wir müssen nicht nur in die Niederlande schauen, sondern auch nach Berlin“, empfahl CDU-Fraktionsvize Josef Hovenjürgen. Dort machte ein Brief ausgerechnet von Vizekanzler Sigmar Gabriel (SPD) die Runde, der ein Fracking-Gesetz noch vor der Sommerpause ankündigte. Und der schürt Verunsicherung, denn ein klares Bekenntnis sieht anders aus.

Gabriel will zwar über das Bundesbergrecht eine Umweltverträglichkeitsprüfung für alle Tiefen-

Bohrungen mit der Fracking-Technologie einführen. Außerdem soll in Wasserschutzgebieten ein grundsätzliches Verbot gelten. Doch zwischen den beruhigenden Passagen bleiben bohrende Fragen.

„Es ist bergmännische Tradition, vorsichtig zu sein.“

Friedrich Wilhelm Wagner, Leiter der Abteilung Bergbau in Arnsberg

Die Grünen etwa wittern Zugeständnisse Gabriels gegenüber den interessierten Energiekonzernen. „Die Bundesregierung muss jetzt erklären, ob sie dem Fracking in Deutschland einen Freibrief erteilen will oder der Linie der Bundesumweltministerin folgt, die ein Verbot fordert“, sagte NRW-Umweltminister Rammel. Und Grünen-Energiepolitikerin Wibke Brems forderte klipp und klar, Berlin müsse „gesetzlich festschreiben, dass die Förderung von unkonventionellem Erdgas mit Fracking nicht verantwortlich ist“.

Bislang gilt in NRW ein Moratorium für das Erkunden, Aufsuchen und Fördern für Gas aus tiefen Gesteinsschichten, das rechtlich ziemlich umstritten ist. Die Sorge ist nun, dass neue bundesgesetzliche Regelungen dieses „Nein“ weiter unterhöhlen dürften.

Gabriels Ministerium versichert, dass der Schutz von Trinkwasser und Gesundheit absoluten Vorrang habe. Auch im Berliner Koalitionsvertrag hatten sich SPD und Union gegen Experimente mit der Fracking-Technologie ausgesprochen.

Der Blick in die USA, wo die Energiepreise dank des Schiefergases drastisch purzelten, und der generelle Ruf nach mehr Technologieoffenheit in Deutschland, lassen jedoch insbesondere wirtschaftsnahe Kreise immer wieder schwanken. Internationale Energiekonzerne haben sich auch in NRW längst Dutzende „Claims“ gesichert, in denen sie eines Tages gerne das vermutete Schiefergas fördern würden (siehe Grafik).

Und auch im niederländischen Grenzgebiet, am Niederrhein und im Münsterland, werden Schiefergas-Vorkommen vermutet. Bei den

niederländischen Nachbarn ist zwar jüngst erst die Vorprüfung zur Umweltprüfung angelaufen - aber schon das war Anlass genug für NRW-Landesregierung und Opposition nun für sauberes Grundwasser einzutreten. „Die Niederlande müssen uns ihre Pläne offenlegen“, forderte SPD-Fraktionsvize Rainer Schmeltzer.

Keine amerikanischen Verhältnisse

„Umweltschäden, wie wir sie aus den USA kennen, würden wir als Bergbehörde nicht zulassen“, sagt Friedrich Wilhelm Wagner, der neue Leiter der Abteilung Bergbau und Energie bei der Bezirksregierung Arnsberg. Man könne die Förderbedingungen zudem nicht auf dichtbesiedelte Gebiete in Europa übertragen. Die Bindemittel, die bei dieser noch sehr jungen Technologie ins Gestein gepresst würden, enthielten teilweise toxische Stoffe, über deren Auswirkungen auf das Grundwasser man zu wenig wisse, so Wagner. Deshalb formuliert er eine Losung, auf die sich in NRW von Grünen bis FDP fast alle verständigen können: „Es ist gute bergmännische Tradition, vorsichtig zu sein.“